



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 26.04.2019

Niederschrift

über die **44. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 26.03.2019, 17:05 Uhr bis 19:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Pöttgen	SPD	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Jochen Ott	SPD	(bis 19.00 Uhr)
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dirk Michel	CDU	
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	
Herr Lino Hammer	GRÜNE	
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Kircher SPD (für RM Kron; bis 19.00 Uhr)

Beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN (17.50 Uhr - 18.30 Uhr)	
Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker	CDU	(bis 19.10 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	
Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	
Herr Thomas Hegenbarth	BUNT	(bis 18.40 Uhr)
Herr Dr. Martin Herrndorf	auf Vorschlag Bündnis 90/ Die Grünen	

Herr Rainer Kiel	Bürgerschaft
Herr Wolfgang Kissenbeck	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD
Herr Lukas Lorenz	auf Vorschlag der SPD
Frau Elisabeth Rohata	auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Herr Tobias Scholz	GUT
Herr Klaus Uckrow	auf Vorschlag der FDP
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag von DIE LINKE (bis 18.30 Uhr)

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln	(für SE Meurers)
-------------------------	-----------------------------------	------------------

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Frau Pia Gies	Büro der Oberbürgermeisterin
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Frau Claudia Mohr	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Frau Cornelia Müller	Bauverwaltungsamt
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau
Frau Sonja Rode	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau
Herr Rik Schauenberg	Kämmerei
Herr Patric Stieler	Amt für Verkehrsmanagement

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
--------------------	--

Gäste

Frau Stefanie Haaks	KVB AG
Herr Gunther Höhn	KVB AG

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Diana Finsterle	AfD
Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 44. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Stefanie Haaks als neue Vorstandsvorsitzende der KVB AG, die sich ihrerseits kurz vorstellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Wolter darauf hin, dass diese wie folgt erweitert werden soll:

zu 4.1. (Standortkonzept Ladeinfrastruktur) >> **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**
und der Gruppe BUNT vom 22.03.2019
AN/0415/2019
Tischvorlage

zu 5.2.1(Anfrage Radschutzstreifen) >> **Stellungnahme der Verwaltung**
1014/2019
Tischvorlage

5.2.2 Anfrage der Gruppe BUNT vom 21.03.2019 betr.
Kampagne für mehr Rücksicht im Straßenverkehr
AN/0403/2019

5.2.3 Anfrage der Gruppe BUNT vom 21.03.2019 betr.
Barrierefreiheit an Haltestellen
AN/0404/2019

5.2.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 21.03.2019 betr.
Stadtbahnanbindung Köln Widdersdorf – Sachstand Untersuchung der Trassenführung
AN/0405/2019

6.3 Platzierung von Radpiktogrammen
hier: Antrag Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.01.2019
1101/2019
Tischvorlage

6.4 Sachstand wichtiger Projekte zum Ausbau des Stadtbahnnetzes
Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am
29.01.2019, AN/0113/2019
1144/2019
Tischvorlage

7.1.1 Generalsanierung der Waldsiedlung, hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019
4254/2018

7.2.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Ergänzende Informationen zur Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste (Vorlagen-Nr. 4240/2018)
1024/2019

7.2.7 Förderung Lastenfahrrad
0938/2019

RM Michel macht bereits jetzt darauf aufmerksam, dass die CDU-Fraktion beantragen werde, die Vorlagen unter den TOP

4.2 Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum – stationsbasiertes Carsharing – und Förderung der Elektromobilität durch Reduzierung der Parkgebühren für Elektrofahrzeuge

2020/2018

II. Durchgang

und

4.7 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Betriebskonzept

0513/2019

ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen.

Der Ausschuss ist mit den Ergänzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines Sachkundigen Einwohners

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Antrag des Seniorenvertreters Meurers vom 14.02.2019 betr.
Buslinie 134

1.2 Antrag der FDP-Antrag vom 22.02.2019 betr.
Karnevalseinhausungen
AN/0243/2019

1.3 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der Gruppe GUT vom 14.03.2019 betr.
Rheinpendel – Prüfung eines Seilbahnsystems
AN/0357/2019

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

- 2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr.: Einführung von fahrscheinlosen Tagen an allen Samstagen im Jahr 2019 auf allen ÖPNV- und SPNV-Linien im Kölner Stadtgebiet
3047/2018

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 3.1 Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Neugestaltung der Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe
1524/2018

- 3.2 Verkehrsführungskonzept Altstadt
2835/2016/2

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2019
AN/0152/2019

- 3.3 Baubeschluss für die Erneuerung einer Fahrtreppenanlage an der Stadtbahnhaltestelle Wiener Platz mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -
4053/2018

- 3.4 Bedarfsfeststellung und Vergabe über die Beschaffung von Absperrpfosten für die Jahre 2019/2020
0084/2019

- 3.5 Bedarfsfeststellung und Vergabe über die Beschaffung von Verkehrszeichen für die Jahre 2019/2020
0087/2019

- 3.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein regionales Wasserbussystem auf dem Rhein
0514/2019

- 3.7 Machbarkeitsstudie leistungsfähige RadPendlerRouten im Rechtsrheinischen
0665/2019

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 4.1 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Standortkonzept
3677/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vom 22.03.2019
AN/0415/2019

- 4.2 Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum – stationsbasiertes Carsharing – und Förderung der Elektromobilität durch Reduzierung der Parkgebühren für Elektrofahrzeuge
2020/2018
- 4.3 Anpassung der Zuständigkeitsordnung
hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht
3430/2018
- 4.4 269. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4127/2018
- 4.5 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR; Aktualisierung des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 zur Festlegung von Umsetzungsmaßnahmen an der Strunde im Bereich Strunder Mühle, Köln-Dellbrück
4167/2018
- 4.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vergabe zur Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen -
hier: Finanzstelle 6400-1201-0-0004, Schaltgeräte für Lichtsignalanlagen, Finanzstelle 0000-1201-0-0001, Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen und Finanzstellen 6400-1201-0-0005, kleinere Verkehrstechnische Maßnahmen
0503/2019
- 4.7 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Betriebskonzept
0513/2019
- 4.8 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste sowie Betrauung der KVB mit der weiteren Sicherstellung des Systems "KVB Rad"
4240/2018

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 5.1 Noch offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
- 5.1.1 Ausweitung Ladezonen
AN/0142/2019

5.2 Neue Anfragen

- 5.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2019 betr.
Überholabstände bei Radschutzstreifen
AN/0145/2019

Stellungnahme der Verwaltung
1014/2019

- 5.2.2 Anfrage der Gruppe BUNT vom 21.03.2019 betr.
Kampagne für mehr Rücksicht im Straßenverkehr
AN/0403/2019

- 5.2.3 Anfrage der Gruppe BUNT vom 21.03.2019 betr.
Barrierefreiheit an Haltestellen
AN/0404/2019

- 5.2.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 21.03.2019 betr.
Stadtbahnanbindung Köln Widdersdorf – Sachstand Untersuchung der Trassenführung
AN/0405/2019

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Grüner Pfeil für Radfahrer/innen
hier: Anfrage der Ratsgruppe BUNT zur Sitzung des Verkehrsausschusses
am 29.01.2019; TOP 5.2.2
0499/2019

- 6.2 Originelle Ampeln in Köln
hier: Anfrage der Ratsgruppe Bunt in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 29.01.2019, TOP 5.2.3
0613/2019

- 6.3 Platzierung von Radpiktogrammen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.01.2019
1101/2019

- 6.4 Sachstand wichtiger Projekte zum Ausbau des Stadtbahnnetzes
Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am
29.01.2019, AN/0113/2019
1144/2019

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO
 - 7.1.1 Generalsanierung der Waldsiedlung, hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019
4254/2018
- 7.2 Sonstige Mitteilungen
 - 7.2.1 Earth Hour 2019
0221/2019
 - 7.2.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0340/2019
 - 7.2.3 9. Änderung des Gesamtverkehrskonzeptes der Stadt Köln
Beschluss des Verkehrsausschusses in der Sitzung am 11.09.2018, TOP 4.10
0435/2019
 - 7.2.4 Planfeststellungsbeschluss für den Umbau des Autobahnkreuzes Köln-Nord
0594/2019
 - 7.2.5 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke – Änderung der Verkehrsführung / Sachstand
0805/2019
 - 7.2.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Ergänzende Informationen zur Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste (Vorlagen-Nr. 4240/2018)
1024/2019
 - 7.2.7 Förderung Lastenfahrrad
0938/2019

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Ausfall von Aufzügen an Stadtbahnhaltestellen
Mündliche Anfrage des SE Fahlenbock
- 8.2 Fehlender Fußgängerüberweg Cäcilienstraße in Höhe Kronengasse
Mündliche Anfrage des RM Sterck
- 8.3 Erweiterung des Container-Terminals Lülsdorf
Mündliche Anfrage des RM Roß-Belkner
- 8.4 Beschluss des Rhein-Sieg-Kreises: Verknüpfung der Linie 164 mit der SB 55
Mündliche Anfrage des RM Michel

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 13.1 Nord-Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
0089/2019

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines Sachkundigen Einwohners

Ausschussvorsitzender Wolter verpflichtet Herr Lukas Lorenz als neuen Sachkundigen Einwohner des Verkehrsausschusses.

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Antrag des Seniorenvertreters Meurers vom 14.02.2019 betr. Buslinie 134

SE Haider nimmt seitens der Seniorenvertretung Stellung zum Antrag.

RM Roß-Belkner weist darauf hin, dass die BV Rodenkirchen bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst habe, den die KVB AG prüfen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten umsetzen werde. Die CDU-Fraktion sehe den Antrag daher als erledigt an.

RM Pöttgen hingegen macht deutlich, dass die SPD-Fraktion eine Ablehnung als das falsche Signal betrachte. Er habe den Eindruck, dass insbesondere in den Randbezirken nur das Notwendigste umgesetzt werde und möchte dem Antrag daher heute zustimmen.

RM Weisenstein schließt sich dieser Einschätzung an und schlägt als Kompromiss vor, eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung/der KVB AG abzuwarten und die Beschlussfassung bis zur kommenden Sitzung zurückzustellen.

- Die Beschlussfassung wird bis zum 02.05.2019 vertagt.

1.2 Antrag der FDP-Antrag vom 22.02.2019 betr. Karnevalseinhausungen AN/0243/2019

RM Sterck begründet seitens der FDP-Fraktion kurz den eingereichten Antrag und wirbt um Zustimmung.

Nach kurzer Diskussion über die Vorschläge der RM Hammer und Pöttgen, den Stadtentwicklungsausschuss und den Gestaltungsbeirat einzubinden, besteht Einvernehmen, den Beschlussvorschlag lediglich offener – wie folgt - zu formulieren.

Beschluss (mündlich modifiziert durch die FDP-Fraktion):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einhausungen schutzbedürftiger Objekte während der Karnevalszeit zu gestalten.

Es soll geprüft werden, inwieweit eine langlebige und möglichst hochwertige Einhausung gefunden werden kann.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, eine Aufbau-logistik zu entwickeln, die die sensiblen Bereiche, welche für den Tourismus besonders wichtig sind, insbesondere rund um den Dom, erst kurz vor Karneval aufzubauen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**1.3 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der Gruppe GUT vom 14.03.2019 betr.
Rheinpendel – Prüfung eines Seilbahnsystems
AN/0357/2019**

Die RM Scholz, Michel, Hammer und Sterck nehmen als Antragsteller Stellung zum vorliegenden Antrag.

RM Pöttgen signalisiert seitens der SPD-Fraktion Zustimmung, betont jedoch auch seine Erwartung an die Verwaltung, dass die Bearbeitung der anderen wichtigen Verkehrsprojekte – wie beispielsweise der Wasserbus – nicht vernachlässigt werde.

Die RM Weisenstein und Hegenbarth hingegen zeigen deutlich ihre Zweifel an der Realisierung dieses Projektes auf und lehnen die Initiative ab.

SE Fahlenbock berichtet, dass er als Rollstuhlfahrer bereits in Koblenz gute Erfahrungen mit einer Seilbahn gemacht habe und betont die Wichtigkeit der Barrierefreiheit.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Machbarkeit eines Seilbahnsystems entlang des Rheines zu prüfen. Das System soll den Rhein überquerend die bestehende ÖPNV-Infrastruktur von Nord nach Süd sinnvoll ergänzen und optimieren.

In einem ersten Schritt soll die Verwaltung gemeinsam mit der KVB eine erste Einschätzung durch ein externes Verkehrsplanerbüro einholen. Diese umfasst

- den Nutzungsbedarf
- eine grobe Kostenschätzung
- einen Vorschlag zur Streckenoptimierung

2. Anhand der Ergebnisse wird die Verwaltung dem Verkehrsausschuss einen Vorschlag für das weitere Vorgehen hin zu einer möglichen Realisierung machen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Fraktion Die Linke zugestimmt

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

**2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr.: Einführung von fahrscheinlosen Tagen an allen Samstagen im Jahr 2019 auf allen ÖPNV- und SPNV-Linien im Kölner Stadtgebiet
3047/2018**

Die RM Pöttgen, Hammer und Michel erinnern an die Diskussionen und die Beschlussfassung in der vergangenen Sitzung. Ihre Fraktionen möchten dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Beschluss:

Der Eingabe wurde durch den zwischenzeitlich gefassten Beschluss des Verkehrsausschusses vom 29.01.2019 zu TOP 1.2 bereits ausreichend Rechnung getragen.

Eine hierüber hinausgehende Ausweitung fahrscheinloser Angebote wird derzeit nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

3.1 Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Neugestaltung der Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe 1524/2018

RM Hammer schlägt vor, sich der Beschlussfassung der BV Innenstadt und des Stadtentwicklungsausschusses anzuschließen.

RM Sterck kritisiert die lange Planungszeit dieses Projektes; bereits in 2013 habe der hiesige Ausschuss hierüber diskutiert. Er macht deutlich, dass es sich hier immerhin um eine sehr bedeutende Stadtbahnhaltestelle handle und nun dringender Handlungsbedarf bestehe.

SE Fahlenbock berichtet, dass die Planungen im Wesentlichen bereits mit der Stadtarbeitsgemeinschaft besprochen wurden; für den unteren Bereich habe diese auch Zustimmung signalisiert.

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussempfehlung der BV Innenstadt):

Der Verkehrsausschuss bestätigt die Wettbewerbsentscheidung der Jury und stellt den Bedarf zur Vergabe externer Planungsleistungen fest. Weiterhin beauftragt er die Verwaltung, dem ersten Preisträger „flender generalplaner“ die weitere Bearbeitung der Planung für die Neugestaltung der Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe stufenweise zu übertragen und die Finanzierung sicher zu stellen. **Bei der Planung ist der Arbeitskreis Barrierefreies Köln zu beteiligen.**

Die Planungskosten für die Neugestaltung der Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe werden mit 630.000 € angesetzt.

Die benötigten Mittel in Höhe von rund 630.000 € sind im Rahmen der Haushaltsplanung 2019, inkl. der Finanzplanung 2020 bis 2022 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.2 Verkehrsführungskonzept Altstadt 2835/2016/2

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2019

RM Hammer und RM Pöttgen schlagen vor, sich der Beschlussfassung der BV Innenstadt anzuschließen.

Seitens der FDP-Fraktion hingegen teilt RM Sterck erneut seine Ablehnung mit und verweist auf die Diskussionen im ersten Beratungsgang. Er vertrete die Ansicht, dass das Konzept nicht funktionieren und es zu erheblichen Verkehrsstörungen kommen werde.

RM Michel verspricht sich jedoch eine deutlich höhere Aufenthaltsqualität, insbesondere im Bereich rund um Unter Goldschmied. Weitere Hoffnungen ruhen nun auf der Entwicklung des Laurenz-Karrées. Der Anregung der BV Innenstadt werde man sich natürlich anschließen, dennoch müsse darauf hingewiesen werden, dass noch eine längere Baustellenzeit mit einigen Großprojekten in diesem Gebiet bevorstehe.

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussempfehlung der BV Innenstadt):

Der Verkehrsausschuss nimmt die erweiterte Variantenuntersuchung des Verkehrsführungskonzeptes Altstadt zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, bei den weiteren planerischen Überlegungen die Variante 4 zu Grunde zu legen. **Die sofort umzusetzenden Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren.**

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

3.3 Baubeschluss für die Erneuerung einer Fahrtreppenanlage an der Stadtbahnhaltestelle Wiener Platz mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - 4053/2018

RM Hammer meldet Beratungsbedarf an und bittet seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Vertagung.

Auf Nachfrage von RM Roß-Belkner weisen sowohl SE Fahlenbock als auch Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, nachdrücklich darauf hin, dass eine Fahrtreppe kein Instrument der Barrierefreiheit sei und vielmehr den Personen diene, die beispielsweise eine Gehbehinderung haben oder schweres Gepäck mit sich führen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, fügt ergänzend hinzu, dass als barrierefreie Zuwegung zur Buchheimer Straße der Aufzug am Bahnsteig der Linie 4 und die Querung des Clevischen Ringes genutzt werden könne.

SE Vietzke bittet um Mitteilung, ob alternativ zur Fahrtreppe auch die Errichtung eines Aufzuges geprüft worden sei.

Herr Neweling sagt eine Prüfung und Stellungnahme zu.

- Die Beschlussfassung wird bis zum 02.05.2019 vertagt.

3.4 Bedarfsfeststellung und Vergabe über die Beschaffung von Absperrpfosten für die Jahre 2019/2020 0084/2019

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zum Abschluss eines Abrufvertrages über die Beschaffung von Absperrpfosten für die Jahre 2019/2020 in Höhe von insgesamt

1.143.499,50 € brutto an und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf die Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.5 Bedarfsfeststellung und Vergabe über die Beschaffung von Verkehrszeichen für die Jahre 2019/2020
0087/2019**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zum Abschluss eines Abrufvertrages über die Beschaffung von Verkehrszeichen für die Jahre 2019/2020 in Höhe von insgesamt 527.384,26 € brutto an und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf die Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein regionales Wasserbus-system auf dem Rhein
0514/2019**

RM Michel erinnert an die intensiven Fachgespräche mit den Kollegen in Rotterdam und regt nachdrücklich an, diese bei den weiteren Planungen mit einzubeziehen bzw. deren Fachexpertise zu nutzen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die externe Beauftragung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein regionales Wasserbusssystem auf dem Rhein fest und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung des Vergabeverfahrens.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.7 Machbarkeitsstudie leistungsfähige RadPendlerRouten im Rechtsrheinischen
0665/2019**

RM Hammer teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage grundsätzlich begrüße, er jedoch darauf hinweisen möchte, dass der Rheinisch-Bergische Kreis einen geänderten Beschluss (Ziff. 3) gefasst habe und er vorschläge, diesen zu übernehmen.

Auch RM Pöttgen befindet die Vorlage für gut und erfreulich, äußert jedoch Zweifel an einer zusammenhängenden Gesamtstrategie der Verwaltung im Bereich Radverkehr. Man komme in Köln viel zu langsam voran, beispielhaft benennt er hier den Rad-schnellweg Köln - Frechen.

BG Blome und Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, erläutern, dass die Verwaltung das Thema Radverkehr im Wesentlichen in drei

große Elemente gegliedert habe: Das Radparken, die bezirklichen Radverkehrskonzepte sowie Projekte wie das Vorliegende, das über die kommunale Grenzen hinausgehe und überregionale Bedeutung habe. Für den linksrheinischen Bereich werde die Verwaltung ebenfalls eine entsprechende Vorlage erarbeiten und vorlegen. Bei den überregionalen Projekten sei zwangsläufig eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Kommunen erforderlich, so dass diese in der Tat etwas länger in Bearbeitung seien. Er betont auch, dass die RadPendlerRouten nicht das Radverkehrskonzept für das Rechtsrheinische darstellen, sondern es sich hier lediglich um einen - wichtigen - Baustein handele. Daneben bearbeite die Verwaltung die bezirklichen Radverkehrskonzepte für die Bezirke Innenstadt, Lindenthal, Ehrenfeld und Nippes, die detaillierter und verdichtender seien, aber auch sehr zeitintensiv in der Bearbeitung. In einem weiteren Schritt werde dann ein Konzept für die übrigen Bezirke entwickelt, welches am Ende nicht ganz so detailliert sein werde wie die einzelnen.

RM Nessler-Komp räumt ein, dass der Rhein sicherlich die natürliche Grenze zwischen links- und rechtsrheinischem Köln bilde, dennoch müssen Querungen auch auf Brücken wie beispielsweise der Leverkusener Brücke berücksichtigt werden und in die Planungen mit einfließen.

RM Weisenstein bittet um Mitteilung, ob die Verwaltung auch weiterhin den Kontakt mit der Bürgerinitiative, die den Radweg nach Bergisch Gladbach forcieren möchte, pflege.

SE Dr. Herrndorf fragt nach den Qualitätsstandards der Radwege und den Querungszeiten. Für Berufstätige beispielsweise sei es von großer Bedeutung, ob Radwege asphaltiert sind oder über unbefestigte Waldwege mit Schlammputzen führen.

Auf die Fragen eingehend informiert Herr Harzendorf, dass definierte Übergänge über den Rhein vorhanden seien, die auch an Qualität verbessert werden sollen, und zudem weitere Querungsstellen angedacht seien.

Die Kommunikation mit der Bürgerinitiative sei bisher sehr intensiv gewesen und werde es auch sicherlich bleiben. Bei den weiteren Planungen werde die Verwaltung sicherlich auf weitere Konfliktpunkte auf dieser Strecke – beispielsweise Thielenbruch – stoßen und ggf. Alternativen entwickeln müssen. Dies bleibe abzuwarten.

Die Verwaltung sei bestrebt, sich an die Radschnellwegrichtlinien zu halten; man sei sich jedoch bewusst, dass dies aus finanziellen und/oder naturschutzrechtlichen Gründen nicht in Gänze und durchgehend möglich sei.

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung des Rheinisch-Bergischen Kreises mündlich modifiziert durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretungen Innenstadt, Porz und Mülheim - :

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie RadPendlerRouten im Rechtsrheinischen inklusive der Trassenführung im Projekt werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Entwicklung von leistungsfähigen RadPendlerRouten zwischen Köln und dem rechtsrheinisch angrenzenden Siedlungsraum wird als wichtiger Baustein der Nahmobilität und der Entwicklung in der Region befürwortet.
3. ***Die aufgezeigten Vorzugstrassen werden prinzipiell befürwortet. Im weiteren Verfahren ist von Fall zu Fall bei sensiblen Bereichen eine alternative Trassenführung mit zu prüfen. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit den Kommunen die entsprechenden Flächen für die vier Trassen***

der RadPendlerRouten als regional bedeutsame Mobilitätsflächen freizuhalten bzw. zu sichern und die nächsten Planungsschritte (Vor- und Entwurfsplanung) mit den beteiligten Gebietskörperschaften einzuleiten, vorbehaltlich notwendiger Einzelbeschlüsse der zuständigen Fachgremien.

4. Die Verwaltung wird beauftragt die bestehende interkommunale Kooperation fortzuführen und regelmäßig über den Projektstand in den Fachgremien zu berichten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit den Projektpartnern, alle Fördermöglichkeiten zur Umsetzung des Projektes auszuschöpfen und das Gesamtprojekt RadPendlerRouten im Rechtsrheinischen in den Qualifizierungsprozess der REGIONALE 2025 einzuspeisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

4.1 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Standortkonzept 3677/2018

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vom
22.03.2019
AN/0415/2019**

RM Pöttgen bedankt sich für das gute Konzept und nimmt seitens der SPD-Fraktion Stellung zum Änderungsantrag, der jedoch lediglich geringfügige Modifizierungen beinhalte.

RM Hammer teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesem Änderungsantrag nicht in Gänze zustimmen könne und legt seine Argumente gegen die Ziff. 2 – 6 dar; gegen die Ziff. 1 und 7 hege er keine Bedenken.

BG Blome informiert, dass das Thema Gestaltung noch nicht abschließend besprochen wurde, die Abbildungen in der Vorlage stellen die bereits vorhandenen Säulen dar; weitere Abstimmungen stehen somit noch aus. In dem noch auszuarbeitenden Betreibervertrag werden alle Details geregelt und festgelegt, bis hin zu einem Rückbau, sofern er jemals erforderlich werden sollte. Zum Thema Standorte betont sie, dass diese höchst akribisch und aufwändig – auch dezernatsübergreifend - abgestimmt und geprüft wurden. Auch ein Austausch mit den Bezirksvertretungen habe bereits stattgefunden, so dass die in der Vorlage benannten Standorte nunmehr als fix und verbindlich festgelegt wurden. Eine Information mit zeitlichem Ausblick werde durchaus noch erfolgen, ein weiterer Beratungsgang hierüber sei jedoch nicht mehr möglich.

Auf die Ausführungen von Frau Blome eingehend merkt SE Blömer-Frerker an, dass der BV Lindenthal das Konzept sozusagen als fortlaufender Prozess vorgestellt wurde; ein Prozess sei jedoch veränderbar, so dass sie aus dem Vortrag mitgenommen habe, dass Anregungen und Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt durchaus noch möglich seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Ausschussvorsitzender Wolter den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT zur Abstimmung.

1. Beschluss (Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT; Ziff. 1 und 7):

Der Beschlussvorschlag wird um folgende Punkte ergänzt:

- Es kommt zu keinerlei Einschränkungen für den Fuß- und Radverkehr.
- Bei der weiteren Festlegung der konkreten Standorte sind die Bezirksvertretungen in geeigneter Weise einzubinden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2. Beschluss (Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT; Ziff. 2 – 6, 8):

- Die aufzustellenden Ladesäulen werden in das Gestaltungshandbuch der Stadt Köln aufgenommen und in ihrer konkreten Umsetzung entsprechend angepasst.
- Zusammen mit anderem Stadtmobiliar sollen möglichst multifunktionelle Nutzungen realisiert werden.
- Der Abbau von Ladeinfrastruktur im Bedarfsfall muss durch eine entsprechende Sicherheitsleistung gewährleistet sein.
- Prioritär sollen Stationen umgesetzt werden, an denen ein schnelles Laden möglich ist.
- Lösungen, die das Stadtbild deutlich weniger belasten wie Induktionsladen werden konsequent weiterentwickelt und vorangetrieben.
- Beim weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur muss künftig auch ein schlüssiges Angebot für Fahrräder entwickelt und umgesetzt werden. Hierzu bedarf es einer Gesamtstrategie für Fahrradparken, -verleih und für entsprechende Ladeinfrastruktur für E-Bikes und Pedelecs mit der Zielsetzung, die Angebote zu bündeln.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke

3. Beschluss (Gesamtabstimmung über die so geänderte Verwaltungsvorlage): *Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:*

Der Rat nimmt das Standortkonzept „Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln)“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit Folgendem:

1. Das Standortkonzept mit den ermittelten Standorten ist für den Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum zu Grunde zu legen. ***Dabei werden bei der konkreten Umsetzung folgende Maßgaben berücksichtigt:***

- **Es kommt zu keinerlei Einschränkungen für den Fuß- und Radverkehr.**
 - **Bei der weiteren Festlegung der konkreten Standorte sind die Bezirksvertretungen in geeigneter Weise einzubinden.**
2. Die im Standortkonzept dargelegten Kriterien sind für etwaige Ausbauvorhaben zu Grunde zu legen.
 3. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum ist fortzuführen, sofern hierfür weiterer Bedarf angemeldet oder ermittelt wird.
 4. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur im halböffentlichen Raum ist bei Liegenschaften der städtischen Eigenbetriebe voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.2 Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum – stationsbasiertes Carsharing – und Förderung der Elektromobilität durch Reduzierung der Parkgebühren für Elektrofahrzeuge
2020/2018**

- Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien.

**4.3 Anpassung der Zuständigkeitsordnung
hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht
3430/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.
2. Der Rat beschließt die 15. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln in der als Anlage 3 beigefügten Fassung.
3. Der Rat nimmt den Erfahrungsbericht zu den Auswirkungen der am 11.07.2017 beschlossenen Neufassung der Zuständigkeitsordnung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.4 269. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4127/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 269. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR; Aktualisierung des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 zur Festlegung von Umsetzungsmaßnahmen an der Strunde im Bereich Strunder Mühle, Köln-Dellbrück
4167/2018**

RM Noack informiert, dass der Ausschuss für Umwelt und Grün die Vorlage vertagt habe, die BV Mülheim habe beschlossen, die Beratung zurückzustellen, bis ein Gesamtkonzept für die Strunde vorliege. Er empfehle, sich diesen Voten anzuschließen.

BG Blome sagt eine Erörterung mit den StEB zu.

- Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 02.05.2019 vertagt.

**4.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vergabe zur Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen -
hier: Finanzstelle 6400-1201-0-0004, Schaltgeräte für Lichtsignalanlagen, Finanzstelle 0000-1201-0-0001, Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen und Finanzstellen 6400-1201-0-0005, kleinere Verkehrstechnische Maßnahmen
0503/2019**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat erkennt den Bedarf für die Maßnahmen zur Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur mit Kosten in Höhe von brutto 1.878.736 € (davon 1.623.334 € investiv und 255.402 € konsumtiv) an und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf die Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die erstmalige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 684.000 € für die Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6400-1201-0-0004, Schaltgeräte für Lichtsignalanlagen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.
3. Der Rat beschließt die erstmalige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 201.300 € für die Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 0000-1201-0-0001, Beschaffung von beweglichem Anlagever-

mögen, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

4. Der Rat beschließt die erstmalige Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung für die Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6400-1201-0-0005, Kleinere Verkehrstechnische Maßnahmen in Höhe von 35.700 €, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.7 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln):
Betriebskonzept
0513/2019**

RM Hammer bittet um Mitteilung, ob der Strom aus den Ladesäulen zu 100 % aus regenerativen Energien stamme.

BG Blome teilt mit, dass dies in den Betreibervertrag aufgenommen werden könne.

- Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien.

**4.8 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste sowie Betrauung der KVB mit der weiteren Sicherstellung des Systems "KVB Rad"
4240/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadt Köln vergibt an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit Wirkung zum 01.01.2020 einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag („ÖDLA“) über die Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Stadtbahnen, Bussen und flexiblen Bedienformen in Köln und auf den abgehenden Linien der KVB in die benachbarten Gebietskörperschaften über eine Laufzeit von 22,5 Jahren. Der ÖDLA wird im Wege der Direktvergabe auf der Grundlage von Art. 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (nachfolgend „VO 1370/2007“) vergeben.
2. Die Stadt Köln betraut die KVB ferner mit der weiteren Sicherstellung des Systems „KVB Rad“ als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) mit Wirkung ab dem 01.01.2020 für eine Laufzeit von 10 Jahren. Die DAWI-Betrauung erfolgt auf Grundlage des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission vom 20.12.2011.
3. Der Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) wird beauftragt, die Geschäftsführung der SWK anzuweisen,

- a. den Beschluss des Rates, den ÖDLA und die DAWI-Betrauung dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der KVB zu übermitteln;
- b. auf Grundlage des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen SWK und KVB den Vorstand der KVB anzuweisen, den ÖDLA und die DAWI-Betrauung einzuhalten, und während der Laufzeit des ÖDLA und der DAWI-Betrauung für deren Umsetzung Sorge zu tragen;
- c. die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber der KVB auf Grundlage des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Noch offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Ausweitung Ladezonen AN/0142/2019

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2019 betr. Überholabstände bei Radschutzstreifen AN/0145/2019

Stellungnahme der Verwaltung 1014/2019

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Anfrage der Gruppe BUNT vom 21.03.2019 betr. Kampagne für mehr Rücksicht im Straßenverkehr AN/0403/2019

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

5.2.3 Anfrage der Gruppe BUNT vom 21.03.2019 betr. Barrierefreiheit an Haltestellen AN/0404/2019

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**5.2.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 21.03.2019 betr.
Stadtbahnanbindung Köln Widdersdorf – Sachstand Untersuchung der
Trassenführung
AN/0405/2019**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Grüner Pfeil für Radfahrer/innen
hier: Anfrage der Ratsgruppe BUNT zur Sitzung des Verkehrsausschusses
am 29.01.2019; TOP 5.2.2
0499/2019**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Originelle Ampeln in Köln
hier: Anfrage der Ratsgruppe Bunt in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 29.01.2019, TOP 5.2.3
0613/2019**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Platzierung von Radpiktogrammen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.01.2019
1101/2019**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SE Dr. Herrndorf merkt an, dass der Abstand zu parkenden Kfz auf der Bachemer Straße in Lindenthal beispielsweise nur 10 cm betrage und bittet um Überprüfung.

**6.4 Sachstand wichtiger Projekte zum Ausbau des Stadtbahnnetzes
Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am
29.01.2019, AN/0113/2019
1144/2019**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO

7.1.1 Generalsanierung der Waldsiedlung, hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 4254/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Sonstige Mitteilungen

7.2.1 Earth Hour 2019 0221/2019

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0340/2019

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2.3 9. Änderung des Gesamtverkehrskonzeptes der Stadt Köln Beschluss des Verkehrsausschusses in der Sitzung am 11.09.2018, TOP 4.10 0435/2019

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2.4 Planfeststellungsbeschluss für den Umbau des Autobahnkreuzes Köln-Nord 0594/2019

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2.5 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke – Änderung der Verkehrsführung / Sachstand 0805/2019

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Herr Stieler beantwortet einige Detailfragen des SB Vietzke und RM Weisenstein.

7.2.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Ergänzende Informationen zur Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die

**Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste (Vorlagen-Nr.
4240/2018)
1024/2019**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2.7 Förderung Lastenfahrrad
0938/2019**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

**8.1 Ausfall von Aufzügen an Stadtbahnhaltestellen
Mündliche Anfrage des SE Fahlenbock**

SE Fahlenbock weist zum wiederholten Male darauf hin, dass die Situation der Aufzüge an Stadtbahnhaltestellen unerträglich sei. An den Haltestellen Amsterdamer Straße/Gürtel und Neusser Straße/Gürtel beispielsweise seien die Aufzüge bereits seit Monaten außer Betrieb; auch die neu errichteten Aufzüge am Neumarkt Richtung Poststraße oder Deutz/Lanxess-Arena seien alle paar Tage defekt.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, teilt mit, dass die Zuständigkeit hierfür bei der KVB liege. Es handele sich oftmals nicht um Standardprodukte sondern vielmehr um Einzelanfertigungen, bei denen sich die Beschaffung der Ersatzteile bedauerlicher Weise oftmals schwierig und langwierig gestalte. Auch sei es bei der heutigen Marktlage nicht leicht, Firmen oder Techniker für die Reparaturen zu finden.

**8.2 Fehlender Fußgängerüberweg Cäcilienstraße in Höhe Kronengasse
Mündliche Anfrage des RM Sterck**

RM Sterck nimmt Bezug auf die heutige Berichterstattung in den Medien und bittet um eine Einschätzung der Verwaltung.

BG Blome teilt mit, dass die Verwaltung die Negativeinschätzung nicht teile. Die vorhandenen Querungsmöglichkeiten seien nah beieinander und zumutbar. Bei einer Entscheidung für einen U-Bahn-Tunnel könne die Verwaltung im Zusammenhang mit der Umgestaltung der ganzen Achse die Situation durchaus nochmals überprüfen; bei einer oberirdischen Betrieb der 90 m-Stadtbahnwagen im Minutentakt hingegen werde es von den zeitlichen Möglichkeiten schwierig, die zu Fuß Gehenden über die Straße zu bekommen.

**8.3 Erweiterung des Container-Terminals Lülisdorf
Mündliche Anfrage des RM Roß-Belkner**

RM Roß-Belkner nimmt Bezug auf den erfolgten Einspruch der Stadt Köln gegen die Erweiterung und bittet um nähere Hintergrundinformationen. Auch sei sie irritiert, dass der hiesige Ausschuss hierüber nicht informiert worden sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, teilt mit, dass die wenigen Wege, die von und zu diesem Betrieb führen, über Kölner Stadtgebiet führen. Die Stadt Köln sei in das Verfahren eingebunden gewesen und habe gebeten, die verkehrlichen Auswirkungen zu untersuchen. Dieser Bitte sei man jedoch nicht nachgekommen und habe eine Baugenehmigung erteilt. Er habe die Hoffnung, dass die Angelegenheit noch außerhalb eines Gerichtsverfahrens geklärt und gelöst werden könne.

8.4 Beschluss des Rhein-Sieg-Kreises: Verknüpfung der Linie 164 mit der SB 55
Mündliche Anfrage des RM Michel

RM Michel berichtet von einem Beschluss des Rhein-Sieg-Kreises, nach dem durch die Verknüpfung der Buslinie 164 mit der SB 55 eine Direktverbindung zwischen Porz und Bonn hergestellt werden könne. Er bittet um Mitteilung, ob diesem Beschluss etwas entgegenstehe.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, teilt mit, dass nach derzeitigem Sach- und Gesprächsstand der Fahrplan der Kölner Buslinie 164 so belassen werden könne und lediglich eine andere Verknüpfung der Linien außerhalb des Kölner Stadtgebiets erforderlich sei; somit sei eine Umsetzung bereits nach den kommenden Sommerferien denkbar.

- Ende des öffentlichen Teils -

gez. Andreas Wolter

gez. Angela Krause

BM Andreas Wolter
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)